



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 5. April 2019

Band 13, Ausgabe 7

## Themen

- **Sport**
- **Wirtschaft**
- **Sicherheit**

**"Jede Straftat ist natürlich eine zu viel. Aber objektiv ist dies der niedrigste Wert seit Jahrzehnten."**

(Bundesinnenminister Horst Seehofer bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2018)

### In dieser Ausgabe:

- Arbeitnehmer schützen 2
- 14. Sportbericht der Bundesregierung 2
- Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch wir-  
ken 3
- Arzneimittelsicherheit  
erhöhen 3
- Wahlrechtsreform  
schwierig 3
- Leben und Arbeiten auf  
dem Land 4

## 70 Jahre NATO

Am Donnerstag dieser Woche haben wir den Antrag der Koalitionsfraktionen von der CDU/CSU und SPD „70 Jahre NATO – Das Rückgrat der Euroatlantischen Sicherheit stärken“ beraten. Am 4. April 1949 wurde mit Unterzeichnung des Washingtoner Vertrags die Nordatlantik-Pakt-Organisation (NATO) gegründet. Die Bundesrepublik Deutschland trat der NATO 1955 bei.

Mit der Gründung der NATO vor 70 Jahren wurde im Anschluss an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die Zeit danach eine Zone der Sicherheit und Freiheit für Demokratien und Wertepartner geschaffen. Über die NATO wurde Deutschland fest eingebunden in die westliche Staatengemeinschaft und dessen politische Entscheidungsmechanismen.

Die NATO garantiert nicht nur die Sicherheit ihrer Mitglieder, sondern sie schafft auch die Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaften dieser Mitgliedstaaten sich in

Freiheit entwickeln können. Damit schützt das Bündnis auch das offene, von vernetztem, freiem Handel geprägte deutsche Wirtschafts-



system. Um es klar zu sagen: Die NATO ist Garant unseres Geschäftsmodells und unseres Wohlstandes. Dies gilt es zu erhalten.

Doch die NATO ist nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten sie machen. Die Vereinigten Staaten von Amerika



sind das Rückgrat der NATO. Hierfür bleiben wir Deutsche ihnen zu tiefstem Dank verpflichtet. Zugleich erwarten die USA zu Recht, dass die Europäer sukzessive einen größeren Teil der gemeinsamen Verantwortung tragen. Hierzu ist die

Unionsfraktion bereit.

Mit dem Antrag, der vom Deutschen Bundestag auf Initiative der Unionsfraktion am Donnerstag beschlossen wurde, senden wir genau dieses Signal: Deutschland wird sich auch weiterhin entscheiden in die NATO einbringen – mit Ressourcen, Fähigkeiten, der Übernahme von Verantwortung und der Beteiligung an gemeinsamen Missionen.

Doch muss sich dies auch in den Haushaltsplanungen niederschlagen. Im Jahr 2020 werden die Verteidigungsausgaben substanziell steigen – auf dann 1,37 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Für die Jahre danach ist in den sogenannten Eckwerten des Etats keine weitere Steigerung vorgesehen. Dies ist das falsche Signal an unsere Bündnispartner. Wenn wir die Bundeswehr auch weiterhin gut ausstatten und ausrüsten wollen, sind erhebliche zusätzliche Mittel notwendig. Die CDU/CSU-Fraktion wird sich in den bevorstehenden Verhandlungen dafür einsetzen, dass wir unsere eingegangenen Verpflichtungen ohne Abstriche erfüllen.

## Arbeitnehmer schützen

Diese Woche haben wir in erster Lesung das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch beraten. Mit diesem Gesetz sollen Arbeitnehmer besser gegen illegale Lohnpraktiken und Arbeitsausbeutung geschützt werden.



Dazu wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Prüfungs- und Ermittlungstätigkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Zoll weiter verbessern. Die FKS erhält hierfür neue Zuständigkeiten im Bereich der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung. So kann sie zukünftig etwa bereits bei der Anbahnung illegaler Beschäftigung auf Tagelöhnerbörsen (dem sogenannten „Arbeitsstrich“) tätig werden, das Anbieten von Schwarzarbeit in Zeitungen und Online-Plattformen verfolgen, die Familienkassen bei der Be-

kämpfung von Kindergeldmissbrauch unterstützen und entsprechende Erkenntnisse behördenübergreifend austauschen.

Die personelle Ausstattung der FKS wird hierfür deutlich ausgebaut. Der Zoll erhält bis 2030 insgesamt 4.360 zusätzliche Arbeitsstellen.

Klar ist: Auch beim Kindergeld gibt es Missbrauchsfälle. Damit sind jedoch nicht die legalen Zahlungen von Kindergeld ins Ausland für deutsche oder ausländische Kinder gemeint. Es geht vielmehr um Fälle, in denen aufgrund gefälschter Dokumente und Scheinarbeitsverträgen unberechtigt Kindergeld gezahlt wird. Diese Zahlungen kommen dabei nicht den Kindern zugute, sondern meist kriminellen Banden. In der Vergangenheit haben wir und auch die Behörden vor Ort schon einiges getan, um diesen Missbrauch zu verhindern. So besteht nun ein engerer Informa-

tionsaustausch zwischen Familienkassen und Meldebehörden und auch die Möglichkeit, das Kindergeld rückwirkend zu beantragen, wurde auf sechs Monate begrenzt.

Nunmehr gehen wir noch einen Schritt weiter: Mit dem Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch wird der Kindergeldanspruch enger mit dem EU-Freizügigkeitsrecht verknüpft. Zudem erhalten die Familienkassen eine eigene Prüfungskompetenz für die Frage der Freizügigkeitsberechtigung. Weiterhin ist es nun möglich, neu zugezogene Unionsbürger in den ersten drei Monaten von Leistungen auszuschließen, wenn begründete Zweifel an einem Kindergeldanspruch bestehen. Der Antragsteller muss dann seinen Anspruch nachweisen. Hiermit wird eine bereits im Bereich der Arbeitsförderung bewährte Verfahrensweise der Beweislastumkehr auf das Kindergeldrecht übertragen.

## 14. Sportbericht der Bundesregierung

Der 14. Sportbericht der Bundesregierung spiegelt eine beeindruckende Erfolgsbilanz der letzten Jahre wider. Er untermauert, dass sich die öffentlichen Investitionen in den Sport gelohnt haben.



Im Berichtszeitraum von 2014-2017 haben deutsche Spitzensportler hervorragende Erfolge bei internationalen Wettbewerben und Meis-

terschaften erstreiten können. Zudem wurde die Sportförderung des Bundes grundlegend reformiert, wie auch der organisierte Sport selbst die Strukturen um den Leistungssport deutlich verbessert hat.

Neben den Sportfördergruppen der Bundeswehr, des Zolls und der Bundespolizei wurde eine zusätzliche, direkte Athletenförderung neu eingeführt. Die Rahmenbedingungen für Trainer im Spitzensport wurden deutlich verbessert.

Künftig wollen wir vor allem das wissenschaftliche Verbundsystem im Leistungssport reformieren, wie auch die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren besser ausstatten. Die noch junge Athletenvertretung gilt es weiter zu fördern und bei der Weiterentwicklung des Spitzensports eng einzubinden. Auch brauchen wir eine nationale Strategie zur Bewerbung um Großsportveranstaltungen sowie eine Offensive für eine transparentere und vorbildlichere Sportverbandsführung.

## Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch wirken

Am Dienstag dieser Woche hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die neuen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt. Erfreulich ist, dass die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um 3,6 % auf rund 5,5 Millionen zurückgegangen ist.

Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der gemeldeten Wohnungseinbrüche einen historischen Tiefstand erreicht hat.

Das zeigt, dass unsere Maßnahmen aus der letzten Legislaturperiode wirken. Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung wird seitdem mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft. Mit den Zuschüssen für Einbruchschutz und der Aufstockung von Polizeistellen haben wir wirksame Maßnahmen zum Schutz des Eigentums ergriffen.

Unseren Kampf gegen die organisierte Kriminalität müssen

wir weiter intensivieren. Unsere Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung wirkt bereits. Verbrechen dürfen sich nicht lohnen. Es darf außerdem nicht sein, dass Mieteinnahmen von beschlagnahmten Wohnungen weiterhin ins Ausland fließen. Es muss schnellstens dafür gesorgt werden, dass auch die Mieten in die Staatskasse fließen, und nicht auf die Konten der Täter.

## Arzneimittelsicherheit erhöhen

Mit dem Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) reagieren wir auf die gravierenden Vorfälle im vergangenen Jahr mit verunreinigten und gefälschten Arzneimitteln.



Uns ist wichtig, dass Patienten schnell und verlässlich informiert werden können, wenn ein Medikament wegen Mängeln zurückgerufen werden muss. Deswegen erweitern wir die Kompetenzen des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Me-

dizinprodukte (BfArM) bei Rückrufen. Die Krankenkassen erhalten bei einem Rückruf einen Regressanspruch gegenüber den verantwortlichen Pharmafirmen. Ganz wichtig ist uns, dass den Versicherten kein finanzieller Schaden entsteht.

## Wahlrechtsreform schwierig

Wir bedauern, dass die Gespräche über eine Wahlrechtsreform bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Unionsfraktion strebt nach wie vor eine deutliche Verkleinerung des Bundestags an. Hierzu liegen auch von uns mehrere konstruktive Vorschläge auf dem Tisch. Leider wurde diese von der Opposition abgelehnt.

So halten wir es weiterhin für richtig, die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und mindestens 15 Überhangmandate nicht



durch zusätzliche Listenplätze auszugleichen. Das würde schon zu einer spürbaren Verkleinerung des Bundestags führen.

Die CDU/CSU-Fraktion ist weiterhin bereit, sich auf eine gesetzliche Höchstzahl von Mandaten für den Bundestag zu verständigen. Der Vorschlag, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren, würde allerdings zu einer größeren Distanz zwischen Abgeordneten und Bevölkerung führen und die notwendige demokratische Repräsentanz vor Ort ganz erheblich beschädigen. CDU und CSU stehen für weitere Beratungen zur Verfügung, eine Verkleinerung des Parlamentes zu erreichen.

Persönlich bedaure ich, wenn die Diskussionen um die Erneuerung unseres Wahlrechtes von verschiedener Seite mehr mit Blick auf die Optimierung des nächsten erwarteten Wahlergebnisses bzw. der mathematischen Genauigkeit der Übertragung von Stimmenzahlen in Mandatszahlen, als vielmehr mit Blick auf die Funktionserfordernisse unseres demokratischen Parlamentarischen Systems insgesamt geführt werden. Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik legen nahe, Ziele wie die Stabilität von Regierungen und Bürgernähe von Parlamentariern nicht gänzlich aus den Augen zu verlieren.

AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**„Ziviler Ungehorsam ist ein symbolischer Akt. Das kann keine Dauerveranstaltung sein.“**

(Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann kritisiert die Schülerproteste für mehr Klimaschutz während der Unterrichtszeit)

## Leben und Arbeiten auf dem Land

Für und von der Union sind ländliche Regionen kein Anhängsel der Ballungszentren, keine Museumslandschaften, sondern Fundament unseres Landes. Mehr als die Hälfte der Deutschen lebt dort. Sie sind die Heimat des Mittelstandes. Nirgendwo gibt es mehr Ehrenamt. Allerdings gibt es auch Schattenseiten – real und gefühlt.

Der Erfolg einer Region steht und fällt mit ihrer Wirtschaftskraft. Die Menschen wollen nicht nur schöner wohnen, sie brauchen auch Arbeit. Und Kommunen brauchen die Steuermittel. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zu unseren ländlichen Regionen – von allen.

Für kleine und mittelständische Betriebe auf dem Land steht an Nummer eins die Infrastruktur – analog und digital, Straße und Glasfaser. Hier hat der Bund vorgelegt. Noch nie wurde so viel in Verkehrswege investiert. Und wir bekämpfen die digitale Spaltung: Insgesamt gehen 4,4 Milliarden Euro in den Breitbandausbau. Zuständig dafür sind eigentlich Länder und Kommunen. Diese müssen nun nachziehen.

Auch unsere Landwirte benötigen ein schnelles, verlässliches Internet. Denn Wirtschaftsmotor Nummer eins auf dem Land sind Land- und

Forstwirtschaft. Landwirtschaft ist heute mehr als Mistgabel und Heuhaufen. In der Brust des modernen Landwirts

**s c h l a g e n**  
längst zwei Herzen: Eines für das Leben mit, von und in der Natur und eines als mittelständischer

High-Tech-Unternehmer. Die Bauernregel muss sich mit dem Computer messen, die Milchkanne mit dem Melkroboter. Und die Landwirtschaft hat eine Schlüsselrolle bei der Zukunftsplanung: Eine wachsende Weltbevölkerung bedingt einen guten Umgang mit Ressourcen. Nie war unser Tisch so reichlich und verträglich gedeckt - das soll auch in naher und fernerer Zukunft so bleiben. Politik muss daher der Partner der Landwirte sein, nicht der Spielverderber.

Wir als Bund haben darauf reagiert. Mit 60 Millionen Euro fördern wir digitale Experimentierfelder auf dem Land. Außerdem unterstützen wir „StartUps“ und mit „LandDigital“ digitale Initiativen auf dem Land. Denn wir wissen: Investitionen in das Land sind Investitionen in die Zukunft.

Doch fehlende oder schlecht geplante Mobilität ist eine Hürde. Dies betrifft den Ver-

kehr genauso wie den Mobilfunk. Hier braucht es innovative Konzepte. Deshalb kämpfen wir für eine einheitliche Mobilfunkabdeckung in Stadt und Land. Dafür brauchen wir 2G, 3G, 4G und perspektivisch 5G im ganzen Land. Die Bundesnetzagentur hat auf unseren

Druck hin bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen nachgebessert.

Wir brauchen keine Sonntagsreden, sondern Montagshandeln. Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen. Zum Beispiel für das Ehrenamt. Hier brauchen wir eine Entbürokratisierungsoffensive: Für die Freiwillige Feuerwehr, die Chöre, Sportvereine oder Hospizinitiativen.

Die Unionsfraktion hat sich immer für die Menschen auf dem Land stark gemacht - mit Wort und Tat. Die Ausgangslagen sind sehr unterschiedlich, doch jede ländliche Region hat das Potential zum Kraftzentrum. Diese Kraft muss freigesetzt werden können. Hierfür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Unser Antrag ist daher Auftrag und Aufforderung an die Bundesregierung zugleich. Die Verhältnisse in ländlichen Regionen sind nicht gottgegeben. Die Politik kann Weichen stellen.

